**Berlin, Mai 2013**

# Zivilgesellschaftliche Forderungen an die Wissenschafts- und Forschungspolitik

Initiatoren

Unterstützer

**Sie finden die Forderungen im Internet unter:**

http://www.dnr.de/aktuell/wissenschaftspolitik

## Für eine nachhaltige Wissenschafts- und Forschungspolitik

Ein breites Bündnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen legt hiermit erstmals einen Forderungskatalog für mehr Transparenz und Nachhaltigkeit in der Wissenschafts- und Forschungspolitik in Deutschland vor. Der Zehn-Punkte-Katalog und die dazugehörigen Maßnahmen wurde von Verbänden des Natur- und Umweltschutzes, der Entwicklungszusammenarbeit, aus dem kirchlichen Umfeld und aus der Studierendenschaft gemeinsam entwickelt.

Die Forderungen zielen darauf ab:

- die Transparenz wissenschaftspolitischer Entscheidungen durch Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu erhöhen,
- die Kompetenzen der Wissenschaft stärker für die Bewältigung drängender Themen wie Klimaschutz oder den Erhalt von Biodiversität, nachhaltiges Wirtschaften, globale Gerechtigkeit oder eine humane Arbeitswelt zu nutzen,
- und dafür die inter- und transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung im Wissenschaftssystem zu stärken.

Das zivilgesellschaftliche Bündnis greift dabei Forderungen auf, die der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) im Jahr 2011 in seinem Jahresgutachten „Welt im Wandel“ formuliert hat, und entwickelt sie weiter. Die großen gesellschaftlichen Herausforderungen können nur im Zusammenspiel sozialer und technischer Innovation bewältigt werden. Deshalb reicht eine Forschungs- und Innovationspolitik, die in ihren Expertengremien hauptsächlich die Wirtschaft involviert, nicht aus. Nur gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen als Vertreterinnen gesellschaftlicher Interessen kann ein glaubwürdiger gesellschaftlicher Dialog zu den Zielen der Wissenschafts- und Forschungspolitik stattfinden.

Es folgt ein zusammenfassender Überblick der Forderungen mit den Initiatoren und Unterstützern. Darauf werden die Forderungen mit Maßnahmen hinterlegt. Am Schluss finden Sie wichtige Quellen, die bei der Erarbeitung der Forderungen berücksichtigt wurden.

Bis Mai 2013 wurden die „Zivilgesellschaftlichen Forderungen an die Wissenschafts- und Forschungspolitik“ von sechzehn Organisationen aus der Zivilgesellschaft unterzeichnet. Sie repräsentieren zusammen mehr als eine Million Mitglieder und Förderer. Das Bündnis wird sich in Zukunft aktiv an der wissenschaftspolitischen Debatte beteiligen. Es ist offen für die Unterstützung und Mitarbeit weiterer Organisationen.

**Sie finden die Forderungen im Internet unter:**
http://www.dnr.de/aktuell/wissenschaftspolitik

Ansprechpartnerin:
Deutscher Naturschutzring (DNR)
Marienstraße 19-20, 10117 Berlin
Tel.: 030/678 1775-95, Fax: 030/678 1775 - 80
E-Mail: Doris.Rohde@dnr.de

## Zivilgesellschaftliche Forderungen an die Wissenschafts- und Forschungspolitik

1. Mehr **Partizipation der Zivilgesellschaft** in der Wissenschaft durch Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Formulierung von Forschungsfragen und -programmen sowie in Gremien öffentlich finanzierter wissenschaftlicher Einrichtungen.

2. Einrichtung eines **Wissenschaftsforums** und eines **Forschungsfonds** der Zivilgesellschaft und wissenschafts-politisches **Capacity Building.**

3. Entwicklung und Einrichtung **transparenter Agenda-Prozesse** für die inhaltliche Schwerpunktsetzung öffentlicher Forschungsförderung.

4. Forschungsprogramme und –aktivitäten für **Zukunftsthemen und transdisziplinäre Forschung** deutlich ausbauen.

5. **Zivilgesellschaft in Forschungsprojekte einbinden** bei Problemformulierung, Integration von Praxiswissen und Umsetzung in Forschungsprojekte und bürgernahe, partizipatorische Einrichtungen wie **Wissenschaftsläden** stärken und etablieren.

6. Disziplinen übergreifende Strukturen nachhaltiger Wissenschaft an **Hochschulen** und bestehende **außeruniversitäre Kompetenzzentren** der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung fördern.

7. Freien **Zugang zu Forschungsergebnissen** ermöglichen.

8. **Grundlagen und Qualitätsstandards** der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung weiter entwickeln.

9. Jährlich **eine Milliarde Euro mehr** für transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung bereitstellen.

10. **Ausreichende Ausstattung der Hochschulen** für die freie Forschung und Lehre sicherstellen, insbesondere durch die Erhöhung der Grundmittelquote.

**Initiiert von:**

DNR Deutscher Naturschutzring

BUND Friends of the Earth Germany

NABU

**Unterstützt von:**

BOLW Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft

euronatur Stiftung

fzs freier zusammenschluss von studentInnenschaften

GERMANWATCH

GLS Treuhand Zukunftsstiftung Landwirtschaft

GREENPEACE

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen

NaturFreunde Deutschlands

Netzwerk Nachhaltigkeitsinitiativen

netzwerk wachstumswende

PAN Germany Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.

Slow Food®

# Zivilgesellschaftliche Forderungen an die Wissenschafts- und Forschungspolitik (Übersicht aller Forderungen)

| | |
|---|---|
| **A.** | **Mehr Partizipation der Zivilgesellschaft in der Wissenschaft** |
| A1. | Frühzeitige und umfassende Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Formulierung von Forschungsfragen und -programmen |
| A2. | Frühzeitige und umfassende Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Formulierung von Forschungsfragen im Rahmen der Ressortforschung |
| A3. | Beteiligung der Zivilgesellschaft in Gremien öffentlich finanzierter wissenschaftlicher Einrichtungen |
| A4. | Einbeziehung der Zivilgesellschaft in problemorientierte Forschungsprojekte mit transdisziplinären Methoden |
| A5. | Einrichtung eines Forschungsfonds der Zivilgesellschaft |
| A6. | Einrichtung eines Wissenschaftsforums der Zivilgesellschaft |
| A7. | Capacity Building für Wissenschaftspolitik in der Zivilgesellschaft |
| A8. | Bürgernahe, partizipatorische Einrichtungen wie Wissenschaftsläden etablieren |
| **B.** | **Mehr Transparenz in der Wissenschaft** |
| B1. | Entwicklung und Einrichtung transparenter Agenda-Prozesse für die inhaltliche Schwerpunktsetzung öffentlicher Forschungsförderung |
| B2. | Einführung von Berichtspflichten für wissenschaftliche Einrichtungen und Forschungsorganisationen in Bezug auf ihren Beitrag zu einer Nachhaltigen Wissenschaft |
| B3. | Transparenz über die Herkunft von FuE-Drittmitteln schaffen |
| B4. | Umfassende Debatte von Forschungsprogrammen im Deutschen Bundestag |
| B5. | Freien Zugang zu Forschungsergebnissen verwirklichen |
| **C.** | **Zukunftsthemen fördern und erforschen** |
| C1. | Anspruchsvolle Nachhaltigkeitsforschung fördern |
| C2. | Außeruniversitäre Institute und Zentren umsteuern |
| C3. | Einbeziehung der Zivilgesellschaft in problemorientierte Forschungsprojekte mit transdisziplinären Methoden |
| **D.** | **Nachhaltiger Wandel im Wissenschaftssystem** |
| D1. | Innovative Strukturen Nachhaltiger Wissenschaft an Hochschulen fördern |
| D2. | Bestehende außeruniversitäre Kompetenzzentren der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung fördern |
| D3. | Inter- und transdisziplinäre Karrierepfade ermöglichen |
| D4. | Konzeptionelle, theoretische und methodische Grundlagen sowie die Qualitätsstandards transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung weiter entwickeln |
| D5. | Hochrangigen Wissenschaftspreis für transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung etablieren |
| **E.** | **Nachhaltige Wissenschaft angemessen finanzieren** |
| E1. | Nachhaltigkeitsmilliarde bereitstellen |
| E2. | Aufwuchs der Forschungsorganisationen für Nachhaltige Wissenschaft nutzen |
| E3. | Ausreichende Ausstattung der Hochschulen für die freie Forschung und Lehre sicherstellen |

# Zivilgesellschaftliche Forderungen an die Wissenschafts- und Forschungspolitik (Ausführliche Beschreibung der Forderungen)

| **A. Mehr Partizipation der Zivilgesellschaft in der Wissenschaft** |
|---|
| *Hintergrund*: Wissenschaftspolitische Entscheidungen wie die Themen und Zielsetzungen von Förderprogrammen oder die Aufgaben außeruniversitärer Forschungseinrichtungen werden in der Regel nicht in parlamentarischen Verfahren, sondern in Zusammenarbeit von der Wissenschaft und Wissenschaftsadministration getroffen. An diesen Prozessen sind auch andere Gruppen beteiligt. Dabei dominieren Unternehmen oder Wirtschaftsverbände; zivilgesellschaftliche Organisationen sind deutlich unterrepräsentiert und haben so im Vergleich zu anderen Akteuren wenig bis keinen Einfluss. |

| **A1. Frühzeitige und umfassende Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Formulierung von Forschungsfragen und Forschungsprogrammen** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Über Forschungsprogramme im Geschäftsbereich des BMBF werden jährlich ca. 2,6 Milliarden Euro (2012) im Forschungshaushalt für Projektförderung ausgegeben. | |
| Gleichberechtigte und frühzeitige Einbeziehung von VertreterInnen der Zivilgesellschaft in Agenda-Prozesse zur Themenfindung und Ausgestaltung von Forschungsprogrammen. Berufung von Expertengremien in transparenten Prozessen. Die zivilgesellschaftlichen VertreterInnen sind in der Regel auf eine Aufwandsentschädigung angewiesen. Ggf. wäre das über das Wissenschaftsforum möglich (A6) | *Adressaten:* Forschungsförderer in Bund und Ländern (bspw. BMBF, DFG, DBU, Wissenschaftsministerien der Länder) sowie in der EU; Forschungsfördernde Stiftungen |

| **A2. Frühzeitige und umfassende Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Formulierung von Forschungsfragen im Rahmen der Ressortforschung** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Bundesministerien wie BMU, BMELV, BMVBS oder BMWi führen eigene Forschungsprogramme durch (wie den Umweltforschungsplan oder das Forschungsprogramm Stadtverkehr), in denen Projekte gefördert und beauftragt werden; das gilt auch für einzelne Bundesländer. An der Ausrichtung dieser Programme ist die Zivilgesellschaft bislang nicht beteiligt. Gerade diese Einrichtungen dienen der Vorbereitung politischer (legislativer) Maßnahmen. Zur Beschleunigung und Verbesserung von Politik ist es besonders wichtig, diese vorbereitenden Arbeiten partizipativ zu gestalten und nicht erst im Nachhinein bloß noch Akzeptanz in der Zivilgesellschaft beschaffen zu wollen. | |
| Gleichberechtigte Einbeziehung von VertreterInnen der Zivilgesellschaft in transparente Agenda-Prozesse zur Themenfindung und Ausgestaltung von Forschungsprogrammen. | *Adressaten:* Bundesministerien, Landesministerien, Ressortforschungseinrichtungen |

| **A3. Beteiligung der Zivilgesellschaft in Gremien öffentlich finanzierter wissenschaftlicher Einrichtungen** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Über die inhaltliche Ausrichtung von wissenschaftlichen Einrichtung wie Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen oder Einrichtungen der Ressortforschung wird in einer Vielzahl von Gremien wie Kuratorien, Senaten, Hochschulräten usw. entschieden, in denen neben der Wissenschaft und der Wissenschaftsadministration teilweise auch andere gesellschaftliche Gruppen vertreten sind. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind anders als beispielsweise WirtschaftsvertreterInnen deutlich unterrepräsentiert. Ziel ist es die Position der Zivilgesellschaft in die Ausgestaltung von Rahmenbedingungen und Schwerpunkten der Lehre und Forschung an den öffentlichen Einrichtungen einzubringen. | |
| Einbeziehung von VertreterInnen der Zivilgesellschaft in die Gremien von<br><br>- Hochschulen<br>- außeruniversitären Forschungsgemeinschaften sowie<br>- einzelnen außeruniversitären Forschungsinstituten und -zentren<br>- Ressortforschungseinrichtungen<br>- Wissenschaftlichen Akademien<br>- Wissenschaftsrat | *Adressaten:*<br><br>- Landesministerien<br>- BMBF; HGF, WGL, MPG, FhG<br>- BMBF und Landesministerien<br>- Fachministerien<br>- BMBF; Leopoldina, Acatech<br>- BMBF und Länder |

| **A4. Einbeziehung der Zivilgesellschaft in problemorientierte Forschungsprojekte mit transdisziplinären Methoden** |
|---|
| *Hintergrund*: Problemorientierte Forschung bedarf zur Erzeugung sozial robusten Wissens der Einbeziehung von gesellschaftlichen Akteuren in Projekte.<br>→konkrete Forderungen dazu siehe C2. |

| **A5. Einrichtung eines Forschungsfonds der Zivilgesellschaft** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Anders als beispielsweise Unternehmen verfügen zivilgesellschaftliche Organisationen nicht über genügend Mittel, um Forschungsprojekte zu beauftragen oder zu fördern, die Fragen bearbeiten und Wissen generieren, das sie bei der Erreichung ihrer gemeinwohlorientierten Ziele unterstützt. | |
| Einrichtung eines Forschungsfonds für transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung aus Mitteln des BMBF von 10? Mio. € / Jahr, aus dem Forschungsprojekte und -programme finanziert werden, über die ein Gremium aus der Zivilgesellschaft (bspw. das Zivilgesellschaftliche Wissenschaftsforum, siehe A6) unterstützt durch einen Projektträger in einem transparenten Verfahren entscheidet. Als ein Modell für die Ausgestaltung des Forschungsfonds sollte die AiF (die Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen "Otto von Guericke" e.V.) geprüft werden.<br><u>Unmittelbar:</u> Vergabe einer Konzeptstudie durch das BMBF | *Adressaten:* BMBF |

| **A6. Einrichtung eines Wissenschaftsforums der Zivilgesellschaft** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Die Zivilgesellschaft benötigt für eine gleichberechtigte Partizipation in der Wissenschaft Institutionen ebenso wie personelle und finanzielle Ressourcen, die zur Entwicklung von inhaltlichen Konzepten und Positionen, zur Willensbildung dienen und die Partizipation im Einzelfall ermöglichen. | |
| Einrichtung eines ständigen Wissenschaftsforums aus VertreterInnen der Zivilgesellschaft, deren Arbeit durch eine Geschäftsstelle unterstützt wird, analog zu anderen Beratungsgremien der Bundesregierung. Die Mitglieder werden von der organisierten Zivilgesellschaft bestimmt, die Finanzierung erfolgt aus öffentlichen Mitteln. Das Forum erarbeitet und veröffentlicht wissenschaftspolitische Positionen, fördert die wissenschaftspolitische Meinungsbildung in der Zivilgesellschaft und den Aufbau für Kapazitäten und Kompetenzen dafür (A7). Er kann Gutachten vergeben, entscheidet über die Mittelvergabe aus dem Forschungsfonds der Zivilgesellschaft und er unterstützt die zivilgesellschaftliche Beteiligung an der Erarbeitung von Forschungsfragen, der Entwicklung von Forschungsprogrammen und in Gremien (A1-A3) wie in Forschungsprojekten (A5).<br><u>Unmittelbar:</u> Vergabe einer Konzeptstudie durch das BMBF | *Adressaten:* BMBF |

| **A7. Capacity Building für Wissenschaftspolitik in der Zivilgesellschaft** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Wissenschaftspolitik, Forschungsadministration und Wissenschaft glaubten bislang weitgehend ohne die Mitwirkung der Zivilgesellschaft auszukommen. Die Zivilgesellschaft wiederum konzentrierte sich vorwiegend auf ihre Fachthemen und –arenen. Deshalb ist eine Sensibilisierung und Qualifizierung von VertreterInnen der Zivilgesellschaft Voraussetzung für wirksame Beteiligung. | |
| Maßnahmen könnten z.B. Informations- und Bildungskampagnen für Mitglieder oder die allgemeine Öffentlichkeit zur Wissenschaftspolitik, Seminare für MultiplikatorInnen, Foren für GutachterInnen oder Gremienmitglieder aus der Zivilgesellschaft sein. Finanzmittel für Maßnahmen von einzelnen Verbänden oder von Verbändekooperationen könnte das Wissenschaftsforum vergeben (A6). | *Adressaten:* BMBF |

| **A8. Bürgernahe, partizipatorische Einrichtungen wie Wissenschaftsläden etablieren** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Wissenschaftsläden sind in anderen Ländern in der ganzen Welt ein Erfolg für Citicen Science als niederschwellige Angebote zur Partizipation. Hier gilt es, die Erfolgsfaktoren zu identifizieren und die Idee der Wissenschaftsläden auch in Deutschland neu zu beleben. | |
| Innovative Wissenschaftsläden stärken und neu etablieren, die eine einfach zugängliche, öffentliche Plattform für zivilgesellschaftliche Organisationen, kommunalen Verwaltungen, wissenschaftliche Einrichtungen und Wissenschaftler bieten, die sich an lokalen Problemformulierungen und Lösungen beteiligen wollen z.B. zu regionalen Aspekten der Energiewende, Gesundheit- und Ernährung oder Mobilität, und die Bildungsaufgaben wahrnehmen. | *Adressaten:* BMBF, Bundesländer, Gebietskörperschaften, Bürgergesellschaft, Stiftungen |

| **B. Mehr Transparenz in der Wissenschaft** |
|---|
| *Hintergrund*: Die Entscheidungen über die thematische Ausrichtung von Forschungsprogrammen und die Zusammensetzung von Steuerungsgremien wissenschaftlicher Institutionen erfolgen häufig in zu wenig transparenten Verfahren. Wissenschaftspolitik erlangt eine geringe öffentliche Aufmerksamkeit-Dies ist ein Hindernis für eine plurale und demokratische Entscheidungsfindung über Prioritäten und Ausrichtung einer Forschung, die sich an gesellschaftlichen Problemlagen orientiert und deren Lösung vorbereiten soll. Mit Steuergeldern erarbeitetes Wissen sollte allen zur Verfügung stehen. Open Science und Commons des Wissens |

| **B1. Entwicklung und Einrichtung transparenter Agenda-Prozesse für die inhaltliche Schwerpunktsetzung öffentlicher Forschungsförderung** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: wie oben. | |
| Hier gilt es, angemessene Verfahren entwickeln, ggf. auch unter dem Einsatz von Liquid-Feedback-Plattformen und intelligenten Netzgestützten Kommunikationssystemen. Eine Herausforderung stellt dabei eine verbindliche Beteiligungsstruktur dar, die über unverbindliche Bürger-Dialoge hinausgeht. | *Adressaten:* Forschungsförderer in Bund und Ländern (bspw. BMBF, DFG, Wissenschaftsministerien der Länder) sowie Fachministerien wg. Ressortforschung |

| **B2. Einführung von Berichtspflichten für wissenschaftliche Einrichtungen und Forschungsorganisationen in Bezug auf ihren Beitrag zu einer Nachhaltigen Wissenschaft** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Öffentlich geförderte Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sollen ebenso wie die Forschungsorganisationen regelmäßig und systematisch Rechenschaft ablegen. | |
| Jährliche Nachhaltigkeitsberichte, die der Öffentlichkeit Auskunft geben über den Beitrag der Einrichtungen zu einer Nachhaltigen Wissenschaft und über ökologische und soziale Wirkungen ihrer Geschäftstätigkeit (Beispiel Fh UMSICHT). Entwicklung von Standards dafür. Die Berichte dienen der Zivilgesellschaft, aber auch Abgeordneten und anderen Interessierten als Grundlage für die Diskussion um die Forschungsagenden der Einrichtungen. | *Adressaten:* BMBF, Wissenschaftsministerien der Länder sowie die Institutionen selbst. |

| **B3. Transparenz über die Herkunft von FuE-Drittmitteln schaffen** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Wissenschaftliche Einrichtungen werben zunehmend Drittmittel für Forschungs- und Entwicklungsprojekte ein. Häufig wird die Herkunft der Drittmittel nur unzureichend ausgewiesen. Das betrifft insbesondere Mittel aus privater Hand. | |
| Öffentlich geförderte Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sollen detailliert und öffentlich darlegen, von wem und in welcher Höhe sie Drittmittel erhalten haben. Private Mittel wie Stiftungen für Institute oder Professuren dürfen die Verbreitung von Forschungsergebnissen nicht einschränken. Weiter soll Transparenz über Kooperationen und nicht veröffentliche Ergebnisse geschaffen werden. | *Adressaten:* BMBF, Wissenschaftsministerien der Länder sowie die Institutionen selbst. |

| **B4. Umfassende Debatte von Forschungsprogrammen im Deutschen Bundestag** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Die Auswahl von Forschungsthemen erfolgt überwiegend durch die Forschungs-adminstration. Bei den Beratungen im Deutschen Bundestag wird darüber nur sehr allgemein besprochen und beschlossen. | |
| Für eine bessere demokratische Legitimierung der Forschungs-agenden sollte eine intensivere und detailliertere Debatte und Entscheidung in den zuständigen Ausschüssen (Haushalt, Forschung) und im Plenum des Deutschen Bundestags erfolgen. | *Adressaten:* Fraktionen im Deutschen Bundestag, BMBF |

| **B5. Freien Zugang zu Forschungsergebnissen verwirklichen** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Die Ergebnisse der aus öffentlichen Mitteln finanzierten Forschung sind häufig nicht frei verfügbar. Mit Open Access, dem freien Publizieren im Internet, steht ein alternativer Veröffentlich-ungsweg zur Verfügung, der auch nicht-wissenschaftlichen Akteuren schnellen und kostenlosen Zugang zu Forschungsergebnissen ermöglicht. | |
| Forschungseinrichtungen und WissenschaftlerInnen, die mit öffentlichen Mitteln forschen, sollen verpflichtet werden, ihre Ergebnisse in Open Access Publikationen zu veröffentlichen. Die Forschungsförderer sollen sich entsprechenden Initiativen der EU anschließen und sie fördern. Außerdem soll die Entwicklung von Open Access Journals unterstützt werden. | *Adressaten:* BMBF, Wissenschafts-ministerien der Länder sowie die Institutionen und die Forschenden selbst. |

## C. Zukunftsthemen fördern und erforschen

*Hintergrund*: Die Forschungsförderung orientiert sich bislang zu wenig an den großen gesell-schaftlichen Herausforderungen. Tut sie es doch, dann konzentriert sich mit dem Löwenanteil des Budgets auf isolierte, oft einseitig technische Lösungen. Vorbildliche, auf gesellschaftliche Probleme orientierte transdisziplinäre Förderprogramme wie das BMBF-Programm Sozial-ökologische Forschung (SÖF) bilden die Ausnahme. Hier fordern wir ein Umsteuern der Förderpolitik und –programme.

| **C1. Anspruchsvolle Nachhaltigkeitsforschung fördern** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Zukunftsfähige Mobilität statt nur Elektromobilität, nachhaltige Landnutzung statt nur Gentechnik, dezentrale, erneuerbare Energieversorgung statt Kohle und Atom, Gutes Leben statt bloß Wirtschaftswachstum – in vielen Fällen liegen die „nachhaltigeren“ Fragen, die alternativen Forschungsansätze schon vor, in anderen müssen sie noch konzipiert werden. Die Forschungs-förderung des Bundes und der Länder muss diese Themen aufgreifen und mit deutlich mehr Mitteln ausstatten. Dies sollte zu Lasten der großen, einseitig technologischen Programme gehen. | |
| Transdisziplinäre Forschungsprogramme zu Zukunftsfragen, transformative Forschung und Transformationsforschung, auch innovative, experimentelle (d.h. auch „riskante“) und partizipa-torische Forschung stärker fördern wie das auch der WBGU ausdrücklich fordert. | *Adressaten:* BMBF, BMWi, Bundesländer, forschungs-fördernde Stiftungen, EU |

| **C2. Außeruniversitäre Institute und Zentren umsteuern** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Obwohl die Statuten der Forschungsgemeinschaften eine hohe gesellschaftliche Relevanz der Forschung versprechen, bleiben sie tatsächlich hinter den Möglichkeiten zurück, die ihnen ihre institutionelle Förderung eröffnet. | |
| Wir fordern die VertreterInnen des Bundes in den Steuerungsgremien der Forschungsorganisationen und der einzelnen Institute auf, sich konsequenter für eine stärkere Nachhaltigkeitorientierung und auf Transdisziplinarität der Forschung einzusetzen. In pluraler besetzten Gremien (A3) werden VertreterInnen der Zivilgesellschaft das unterstützen. | *Adressaten:* BMBF, Forschungsorganisationen |

| **C3. Einbeziehung der Zivilgesellschaft in problemorientierte Forschungsprojekte mit transdisziplinären Methoden** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Problemorientierte Forschung bedarf zur Erzeugung sozial robusten Wissens der Einbeziehung von gesellschaftlichen Akteuren in Projekte. Das betrifft die gemeinsame Definition des zu bearbeitenden Problems und des Forschungsobjekts zu Beginn eines Projekts, die Einbeziehung außer-wissenschaftlichen Wissens in die Forschung im Verlauf eines Projekts und die Bewertung der praxisorientierten Ergebnisse und Handlungsempfehlungen sowie ihre Umsetzung zum Ende eines Projekts. | |
| Bekanntmachungen für Forschungsaufträge sollen die transdisziplinäre Einbindung der Zivilgesellschaft in Forschungsprojekte zur Voraussetzung machen, wenn gesellschaftliche Problemlagen beforscht werden sollen. Als regionale Ansprechpartner können Forschungsläden dienen (A8). | *Adressaten:* BMBF, weitere Forschungsförderer |

## D. Nachhaltiger Wandel im Wissenschaftssystem

*Hintergrund*: Die Wissenschaft trägt derzeit zu wenig und nur punktuell zur Lösung der großen gesellschaftlichen Probleme bei. Dies ist nicht nur eine Folge der Wissenschaftspolitik und der Förderpolitik. Es gibt auch wichtige Ursachen, die im Wissenschaftssystem selbst, in seiner Organisation und Funktionsweise wie in den Bewertungsmaßstäben und Reputationsmechanismen liegen, nach denen sich akademische Bildung und Karrieren strukturieren.

### D1. Innovative Strukturen Nachhaltiger Wissenschaft an Hochschulen fördern

*Hintergrund*: Hochschulen schaffen in ihrer disziplinären Struktur wichtige Grundlagen für die transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung. Gleichzeitig wirkt die disziplinäre Organisation aber der inter- und transdisziplinären Zusammenarbeit entgegen. Deshalb sollen innovative institutionelle Ansätze einer transdisziplinären Nachhaltigkeitslehre und -forschung an Hochschulen besonders gefördert werden. Dabei soll auch die Zusammenarbeit mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und mit der Zivilgesellschaft besondere Berücksichtigung finden.

| | |
|---|---|
| Einrichtung von Förderprogrammen auf der Ebene der Bundesländer und zwischen Bund und Ländern zur Förderung des Aufbaus und der Weiterentwicklung innovativer Strukturen für Lehre und Forschung an Hochschulen mit mindestens 5-10 –jähriger Laufzeit (nach Aufhebung des Kooperationsverbots oder nach dem Modell der Geisteswissenschaftlichen Zentren); Aufnahme von transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung und –lehre in die Regelungen zu Leistungszulagen und die Zielvereinbarungen mit den Landeswissenschaftsministerien aufnehmen. Bei einer Neuauflage der Exzellenzinitiative diese ausdrücklich für transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung öffnen. Mitbestimmung aller Gruppen in den Hochschulgremien ermöglichen. | *Adressaten:* Wissenschaftsministerien der Länder und das BMBF |

### D2. Bestehende außeruniversitäre Kompetenzzentren der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung fördern

*Hintergrund*: Außeruniversitäre, nicht durch Bund-Länder-Vereinbarungen geförderte Institute wie die Mitglieder des Ecornet haben seit mehr als 30 Jahren die konzeptionelle Grundlage die Methoden und Forschungszugänge einer transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung sowie die Umsetzung der wissenschaftlichen Ergebnisse in die Praxis in besonderer Weise vorangetrieben. Für die Fortentwicklung solcher Grundlagen und für die Transformation des Wissenschaftssystems sind diese Forschungsinstitute auch in Zukunft wichtig. Sie sollen durch die Förderung in ihrer Leistungsfähigkeit als Innovatoren im Wissenschaftssystem gestärkt und in Themenwahl und Methodeneinsatz unabhängiger von Drittmitteln werden.

| | |
|---|---|
| Einrichtung einer institutionellen Förderung dieser Forschungseinrichtungen gemeinsam durch Bund und Länder, deren Ausgestaltung sich an der Förderung der Institute der Fraunhofer Gesellschaft orientieren könnte. Danach könnte die Höhe der institutionellen Förderung von den eingeworbenen Drittmitteln abhängig sein und sollte ca. 40 % davon nicht überschreiten. | *Adressaten:* Wissenschaftsministerien der Länder und das BMBF |

| **D3. Inter- und transdisziplinäre Karrierepfade ermöglichen** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Die akademische Ausbildung und die Nachwuchsförderung erfolgt im deutschen Hochschulsystem überwiegend disziplinär. Inter- und transdisziplinäre Lehre und Forschung zu gesellschaftlichen Zukunftsfragen führen ein Nischendasein. Das führt dazu, dass eine Karriere in der Wissenschaft auf disziplinärem Weg die Regel ist, eine transdisziplinäre Nachhaltigkeitswissenschaft jedoch ein Karrierehindernis. | |
| Die Nachwuchsförderung im Bereich der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung muss daher deutlich intensiviert werden. Maßnahmen sind die Finanzierung von Nachwuchs-forschergruppen, die Etablierung von Bachelor- und Master-Studiengängen und die Einrichtung sozial-ökologischer Professuren zu ergänzen. Evaluationskriterien müssen so weiterentwickelt werden, dass sie zur Transformation des Wissenschafts- und Forschungssystems zur Nachhaltigkeit deutlich beitragen (D4). | *Adressaten:* Forschungsförderer in Bund und Ländern (bspw. BMBF, DFG, Wissenschaftsministerien der Länder) sowie in der EU; Akkreditierungsagenturen |

| **D4. Konzeptionelle, theoretische und methodische Grundlagen sowie die Qualitätsstandards transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung weiter entwickeln und Akademie für transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung gründen** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Grundlagen und Qualitätsstandards der Nachhaltigkeitsforschung müssen weiter entwickelt werden, um eine Bewertung von wissenschaftlichen Leistungen, Projekten, Publikationen, Lehre oder Forschungsprogrammen vornehmen zu können. Dies kann in der Regel nicht in den üblichen Förderformaten geleistet werden; anerkannte Institutionen dafür müssen noch auf- und ausgebaut werden. | |
| Deshalb fordern wir die Förderung von Vorhaben, die Grund-lagen (dazu zählen auch Methoden zur Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteuren) und Qualitätsstandards weiter entwickeln. Dies können eigenständige Projekte oder beson-dere Module in problemorientierten Forschungsverbünden sein. Darüber hinaus soll eine Akademie für transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung in Kooperation mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen die Aufgabe übernehmen, die systematische Entwicklung voranzutreiben, Ergebnisse zu sichern, die Diskussion dazu zu fördern und zur Ausbildung für Forschende und Lehrende beizutragen. So erweiterte Qualitätsstandards sollen auch in die Evaluation von Einrichtungen (z.B. durch den Wissenschaftsrat) oder bei Berufungen Berücksichtigung finden. | *Adressaten:* Forschungsförderer in Bund und Ländern (bspw. BMBF, DFG, Wissenschaftsministerien der Länder), private Stiftungen |

| **D5. Einen hochrangigen Wissenschaftspreis für transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung etablieren** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Transdisziplinäre Forschung leidet unter einem Mangel von Anerkennung innerhalb der scientific community. | |
| Ein hochrangiger Wissenschaftspreis für transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung soll ein Ansporn für ForscherInnen und Lehrende sein und ein Reputationssignal an die Scientific Community senden. Bei der Auswahl der Preisträger soll die Zivilgesellschaft gleichberechtigt beteiligt sein. | *Adressaten:* Forschungsförderer in Bund und Ländern (bspw. BMBF, DFG, Wissenschaftsministerien der Länder), private Stiftungen |

| E. Nachhaltige Wissenschaft angemessen finanzieren |
|---|
| *Hintergrund*: Eine nachhaltige Entwicklung des Wissenschaftssystems ist auf eine angemessene Finanzierung angewiesen. Das gilt ebenso für die besonderen Maßnahmen für eine nachhaltige Wissenschaft wie für die Grundfinanzierung des Wissenschaftssystems insgesamt. |

| **E1. Nachhaltigkeitsmilliarde bereitstellen** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Der Wandel im Wissenschaftssystem hin zu einer nachhaltigen Wissenschaft bedarf finanzieller Ressourcen und Anstöße weit über das bestehende Maß hinaus. Deshalb fordern wir eine Erhöhung der Mittel für die transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung *um* 1 Mrd. € zu Lasten anderer Forschungsthemen. Damit sollen die bisherigen vorbildlichen, aber kleinteiligen und unzureichend ausgestatteten Programme in diesem Bereich aufgestockt und ausgeweitet werden. Weiter sollen die Mittel dafür genutzt werden, den Bundesanteil der vorstehenden Maßnahmen zu finanzieren. | |
| Die Nachhaltigkeitsmilliarde beschreibt das Ziel, in Deutschland in den kommenden Jahren eine Milliarde Euro jährlich *zusätzlich* für eine Forschung für gesellschaftliche Herausforderungen im Sinne einer transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung zu mobilisieren. Dabei sollen zu dieser Milliarde vor allem Umschichtungen in bestehenden Bundes- und Landesetats, in zweiter Linie auch die Mobilisierung von neuen Mitteln aus Stiftungen und sonstigen Quellen beitragen. | *Adressaten:* BMBF, Wissenschaftsministerien der Länder, Stiftungen |

| **E2. Aufwuchs der Forschungsorganisationen für Nachhaltige Wissenschaft nutzen** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Die großen Forschungsorganisationen erhalten eine jährliche Steigerung ihres Budgets. Diese Mittel sollen für eine stärkere Orientierung der Institute und Zentren an gesellschaftlichen Problemen und ihrer Erforschung mit transdisziplinären Methoden eingesetzt werden. | |
| Die höheren Mittelzuweisungen für die Forschung werden begrüßt, sie sollten jedoch für eine Erweiterung des Arbeitsprofils der Einrichtungen um eine transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung genutzt werden. Der Aufwuchs, also die Steigerung des Forschungsetats, soll in Gänze an Forschung für nachhaltigkeits- und gesellschaftsrelevante Zukunftsthemen und inter- sowie transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung eingesetzt werden. Dabei sollen Einrichtungen oder Gruppen, die sich hier stark und kompetent engagieren, höhere Zuweisungen bekommen als andere – ähnlich der programmorientierten Förderung der HGF, nur mit anspruchsvolleren Nachhaltigkeitszielen. | *Adressaten:* BMBF, HFG; FhG, |

| **E3. Ausreichende Ausstattung der Hochschulen für die freie Forschung und Lehre sicherstellen** | |
|---|---|
| *Hintergrund*: Die Grundausstattung der Hochschulen für Forschung und Lehre hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stetig verschlechtert. Damit steigt die Drittmittelabhängigkeit und die Spielräume für eine freie, allein vom Erkenntnisinteresse der WissenschaftlerInnen motivierte Forschung werden drastisch verringert. Gleichzeitig sinkt die Qualität der akademischen Ausbildung. Eine innovative Wissenschaft, die auch Raum für Nicht-Mainstream-Forschung, kleine Fächer und kontroverse Positionen bietet, stellt eine Vorsorge für den gesellschaftlichen Umgang mit Ungewissheiten und mit unerwarteten zukünftigen Entwicklungen dar. Die Exzellenzinitiative stellt keinen ausreichenden Ausgleich für die fehlende Mittelausstattung der Hochschulen da, weil sie nur wenigen Hochschulen zu Gute kommt und keinen stetigen Mittelzufluss garantiert. Zudem sind Nachhaltigkeitskriterien und transdisziplinäre Ansätze bislang wenig bis gar nicht relevant für die Exzellenzinitative. Eine gute Ausstattung der Hochschulen macht eine „Gute Arbeit" und damit auch eine anspruchsvolle, transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung erst möglich. | |
| Die Grundausstattung der Hochschulen muss deutlich verbessert werden und –jenseits der zusätzlichen Bedarfe wegen der erwarteten Studierendenzahlen – kontinuierlich gesteigert werden, wie das der Bund seinerseits für die nationalen Forschungsorganisationen zugesichert hat. Dies umso mehr, als die Universitäten derzeit fast die alleinige Verantwortung für die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses (mit Grundlagenwissen zur nachhaltigen Entwicklung) tragen wird; diese Aufgabe muss gemäß ihrer fundamentalen gesellschaftlichen Bedeutung für die anstehenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesse angemessen ausgestattet werden. | *Adressaten:*<br>Wissenschaftsministerien der Länder, BMBF |

## Zivilgesellschaftliche Forderungen an die Wissenschafts- und Forschungspolitik (Quellen)


- Dokumentation der Ergebnisse des ersten wissenschaftspolitischen Workshops der Zivilgesellschaftlichen Plattform Forschungswende am 3. Juli 2012 in Berlin http://www.forschungswende.de/index.php/workshop-dokumentation

- Dokumentation der Ergebnisse des zweiten wissenschaftspolitischen Workshops der Zivilgesellschaftlichen Plattform Forschungswende am 30. Oktober 2012 in Berlin http://www.forschungswende.de/index.php/workshop-dokumentation

- Nachhaltige Wissenschaft - Plädoyer für eine Wissenschaft für und mit der Gesellschaft (BUND, Februar 2012) http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/nachhaltigkeit/20110202_nachhaltigkeit_wissenschaft_diskussion.pdf

- Verstehen – Bewerten – Gestalten. Transdisziplinäres Wissen für eine nachhaltige Gesellschaft - Memorandum zur Weiterentwicklung der sozial-ökologischen Forschung in Deutschland (div. AutorInnen, Juni 2012) http://www.sozial-oekologische-forschung.org/_media/SOEF_Memorandum.pdf

- Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten 2011 des Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen WBGU, Berlin. Volltext: http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf Zusammenfassung: http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011_ZfE.pdf Factsheet 5: Forschung und Bildung für die Transformation: http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/factsheets/fs5/wbgu_fs5.pdf

- Wissenschaft für Nachhaltigkeit: Der Durchbruch muss gelingen. Memorandum des Vorstands der Deutschen UNESCO-Kommission vom 29. März 2012 http://www.unesco.de/memorandum_wissenschaft_nachhalt.html (Broschüre dazu: http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bibliothek/broschuere_memorandum_wissenschaft_fuer_nachhaltigkeit.pdf)

- Occupy Innovation – für eine Wende in der Forschungspolitik! Forschungspolitik & unabhängige Risikoforschung – Entwurf für Forderungen von Verbänden zur Bundestagswahl 2013 (div. AutorInnen Juni 2012) http://www.testbiotech.de/sites/default/files/Forderungen%20Forschungspolitik_Testbiotech_Entwurf.pdf

- Für eine demokratische und soziale Hochschule - Das hochschulpolitische Programm des Deutschen Gewerkschaftsbundes. (DGB Bundesvorstand, Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit, Dezember 2012) http://www.dgb.de/presse/++co++61bc015a-4053-11e2-a409-00188b4dc422

## Liste der Unterstützer

1. Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- Tier- und Umweltschutzverbände e.V. (DNR)
   http://www.dnr.de
2. Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) – Friends of the Earth Germany
   http://www.bund.net/
3. Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU)
   http://www.nabu.de/
4. Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V. (BÖLW)
   http://www.boelw.de/
5. EuroNatur - Stiftung Europäisches Naturerbe
   http://www.euronatur.org/
6. Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST e.V.)
   http://www.fest-heidelberg.de/
7. freier zusammenschluss von studentInnenschaften e.V. (fzs)
   http://www.fzs.de
8. Germanwatch e.V.
   https://germanwatch.org
9. Zukunftsstiftung Landwirtschaft
   http://www.zs-l.de/
10. Greenpeace e.V.
    http://www.greenpeace.de/
11. Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt Bundesvorstand (IG BAU)
    http://www.igbau.de
12. Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW
    http://www.kircheundgesellschaft.de
13. NaturFreunde Deutschlands e.V. - Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur
    http://www.naturfreunde.de
14. Netzwerk Nachhaltigkeitsiniviativen e.V.
    http://www.netzwerk-n.org/
15. Netzwerk Wachstumswende (NEWW)
    http://wachstumswende.de
16. Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN e.V.)
    http://www.pan-germany.org
17. Slow Food Deutschland e.V.
    http://www.slowfood.de/